

Zuständiges Dezernat/Amt: III/11

Beschlussvorlage
 Berichtsvorlage
 öffentliche Sitzung
 nichtöffentliche Sitzung

Beratungsfolge:

Datum:

<input type="checkbox"/> Fachausschuss	_____	_____
<input checked="" type="checkbox"/> Fachausschuss	<u>Finanzen und Rechnungsprüfung</u>	<u>21.05.2013</u>
<input checked="" type="checkbox"/> Kreisausschuss	_____	<u>04.06.2013</u>
<input checked="" type="checkbox"/> Kreistag	_____	<u>12.06.2013</u>

Inhalt:

Aufstockung des Stellenplanes 2013/2014 um 1,0 Stellen

Wenn Kosten entstehen:

Kosten 100.050,00 €	Produktkonto 31160.501201	Haushaltsjahr 2013/2014	<input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung
<input checked="" type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung <input type="checkbox"/> Mittel stehen nur in folgender Höhe zur Verfügung: €	Deckungsvorschlag: Die Mehrkosten sind innerhalb der Verwaltung einzusparen		

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Aufstockung des Stellenplanes 2013/2014 um 1,0 Stellen.

Dietmar Schulze
Landrat

Bernd Brandenburg
Beigeordnete/r

Beratungsergebnis:

Kreistag/Ausschuss	Datum	Stimmen		Stimm-enthaltung	Einstimmig	Lt. Beschluss-vorschlag	Abweichender Beschluss (s. beiliegendes Formblatt)
		Ja	Nein				
FRA	21.05.13						
KA	04.06.13						
KT	12.06.13						

Begründung:

Der nachfolgend dargestellte Sachverhalt macht es erforderlich, den Stellenplan 2013/2014 um 1,0 Stellen aufzustocken.

Einrichtung einer Personalstelle Sachbearbeiter Grundsicherung/Hilfe zum Lebensunterhalt

Im Bereich der Grundsicherung im Alter/Hilfe zum Lebensunterhalt des Sozialamtes wurde eine Fallzahlenanalyse durchgeführt.

Es ist vor allem in der ambulanten Grundsicherung ein deutlicher Anstieg in den Fallzahlen im Vergleich zum 31.12.2011 zu verzeichnen (ca. 27 %). Dies resultiert zum Teil aus der Verlagerung der Fälle vom Jobcenter ins Sozialamt.

Dies zieht einen erheblichen Mehraufwand nach sich, der eine Aufstockung des Stellenplanes um 1,0 Stellen zur Sicherstellung der Durchführung der Aufgaben erforderlich macht. Die Mehraufwendungen sind innerhalb der Verwaltung einzusparen.